



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Donnerstag, 20. Mai 2021

Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Petition – Arbeitslosengeld erhöhen

Die Covidzahlen in Österreich und der Steiermark gehen erfreulicherweise zurück. Gleichzeitig werden soziale Verwerfungen in der Bevölkerung sichtbar und gipfeln letztlich in der Frage, wer und wie die immensen Kosten trägt bzw. getragen werden. Die vielgepriesene Sozialpartnerschaft in Zeiten nach der Coronapandemie bekommt wieder Risse.

Die Bundeswirtschaftskammer reitet in letzter Zeit Attacken gegen arbeitslose Kolleg:innen, die unter dem Generalverdacht von „Tachinierer:innen“ oder „Sozialschmarotzer:innen“ gestellt werden. Etliche Wirtschaftskammer-Spitzenvertreter:innen meinen ernsthaft, nur mit harter Hand den Wünschen ihres Klientels nachkommen zu müssen:

Senkung der Arbeitslosenunterstützung auf 40 Prozent, weg mit Zumutbarkeitsbestimmungen und dann Zwangsverschickung betroffener Menschen in Regionen, wo Arbeitskräftemangel herrscht (Stichwort: Tourismus). So wie dies jetzt in der Öffentlichkeit rüberkommt, wirken diese Vorschläge oder „Ideen“ des Wirtschaftsbundes wie Straffaktionen für Menschen, denen man unterstellt, sich nicht genug um Arbeit zu kümmern. Das ist unrichtig und unverschämt. Arbeitslosigkeit ist kein selbst gewähltes, individuelles Verschulden. Wer sie senken will, muss für Jobs sorgen und Anreize schaffen. Hinter jeder arbeitslosen Person steckt ein Schicksal. Drastisch niedrigeres Arbeitslosentgelt vergrößert die Armut im Land. Die Lage am heimischen Arbeitsmarkt bleibt angespannt. Was soll also finanzieller Druck bewirken?

Fakt ist, dass mit 55 Prozent (Höhe der Arbeitslosenunterstützung) nicht 100 Prozent der laufenden Lebenshaltungskosten zu bestreiten sind. Miete, Strom, Essen, Bildung, Kleidung usw. müssen auch arbeitslose Menschen bezahlen. Ökonomen sagen in naher Zukunft empfindliche Teuerungswellen voraus. Das Ziel der Bundesregierung in ihrer Funktionsperiode die Armut zu halbieren, bleibt da mehr als ambitioniert. Derzeit – dies weiß auch die Wirtschaftskammer sehr gut – sind beim AMS rund 81.000 offene Stellen in Gegensatz zu 430.000 Arbeitssuchenden. Das es da nicht ausreichend Facharbeiter:innen gibt, ist bei diesen Zahlen von Arbeitssuchenden schwer

vorstellbar. Wenn dem so ist, muss die Wirtschaftskammer an die Betriebe appellieren, beispielsweise mehr Lehrlinge auszubilden und die heurigen LAP's in der Steiermark, in vielen Berufssparten wie ähnlich der Matura handzuhaben - und große Aktionen zu starten, um freiwillig Menschen in Regionen einzuladen, wo echter Arbeitskräftemangel herrscht. Dies mit „Goodies“ (gutes Gehalt, Kost & Logis, Familiennachzug, Kinderbetreuung...) und nicht in einer Art und Weise von Ernthelfer:innen-Mentalität. Weil sonst könnte man ja auch umgekehrt einfordern, dass sich Firmen dort anzusiedeln haben, wo die Arbeitslosenquote entsprechend hoch ist.

Es bleibt notwendig, auch den ÖGB und die Arbeiterkammer miteinzuladen, um das Absacken in Massenarmut zu verhindern. Dies gilt auch für die politischen Verantwortungsträger der Stadt Graz.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die österreichische Bundesregierung und insbesondere Bundesminister Martin Kocher dazu auf, von den Plänen, die Rechte von arbeitssuchenden Menschen zu beschneiden, Abstand zu nehmen und hingegen, den Grundbetrag des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent des zur Berechnung herangezogenen Netto-Einkommens zu erhöhen.